



URL: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Oxfam-Ernaehrungsgipfel-Armut;art271,2948401>

Oxfam-Expertin Wiggerthale

"Es sind genug Lebensmittel für alle da"

Spekulant machen das Essen zu teuer für die dritte Welt, beklagt Oxfam-Expertin Wiggerthale vor dem Welternährungsgipfel.



Marita Wiggerthale wirbt auf dem Welternährungsgipfel um Hilfe für die armen Länder. Foto: D. Spiekermann-Klaas

13.11.2009 0:00 Uhr

Hinzu kommt der Biosprit – Soja und Mais werden nun auch zu Sprit verarbeitet.

Frau Wiggerthale, die Welternährungsorganisation FAO rechnet damit, dass die Zahl der Hungernden in diesem Jahr um 100 Millionen steigt und die Milliardengrenze überschreitet. Warum wird das Hungerproblem immer schlimmer?

Das hat mehrere Gründe. Die Nahrungsmittelpreise sind letztes Jahr sehr stark gestiegen, die Spekulation mit Rohstoffen hat zugenommen, und die Landnahme reicher Länder und Investoren in Entwicklungsländern greift immer weiter um sich.

Hat die Finanzkrise das Problem verschärft?

Ja, die Spekulanten haben sich in der Finanzkrise aus spekulativen Geschäften im Finanzsektor zurückgezogen und das Kapital stattdessen in Rohstoffe investiert. Das hat die Preise Ende 2007, Anfang 2008 in die Höhe getrieben.

Welche Bereiche sind besonders betroffen?

Getreide, insbesondere Weizen, Mais und Reis.

Aber in den Entwicklungsländern werden doch auch Getreide und Reis angebaut.

Zwei Drittel der armen Länder sind Nahrungsmittelimporteure. Hohe Weltmarktpreise lassen dort also auch die Verbraucherpreise im Land steigen. Viele Menschen konnten sich die Lebensmittel nicht mehr leisten. Die Kleinbauern in den armen Ländern wiederum produzieren häufig nur für ihren eigenen Bedarf. Sie haben von dem Preisanstieg daher kaum profitiert. Mancherorts wurden die Preiserhöhungen nicht an die Bauern weitergegeben. In Madagaskar zum Beispiel haben 71 Prozent der Bauern nur Verbindung zu einem einzigen Aufkäufer, in abgelegenen Gebieten sind es sogar 94 Prozent. Der kann dann nach Belieben die Preise diktieren.

Die Spekulanten kaufen inzwischen auch Land ...

Das ist ein neues Phänomen, das im letzten Jahr aufgekommen ist. Die Golfstaaten, China und andere erwerben große Landflächen in Afrika und Asien, um Lebensmittel für ihren eigenen Bedarf anzubauen. Sie wollen sich so vor zukünftigen Angebotsengpässen auf dem Weltmarkt schützen. Unternehmen versuchen dasselbe. Der südkoreanische Konzern Daewoo wollte für 99 Jahre 1,3

Millionen Hektar Land in Madagaskar pachten, musste aber nach heftigen Protesten zurückrudern. Der Münchener Investor Flora Ecopower hat für 50 Jahre 15 000 Hektar in Äthiopien gepachtet. Während die Konzerne immer mehr Profite machen, hungern Menschen in diesen Ländern. Das ist eine Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit.

Aber niemand zwingt die Regierungen in den Entwicklungsländern, das mitzumachen.

Natürlich stehen vor allem die Regierungen in den jeweiligen Ländern in der Verantwortung, die Versorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen. Aber viele Probleme bei der Hungerbekämpfung – Landnahme, Spekulation, ungerechter Handel, Agrardumping, Klimawandel – können nur international gelöst werden. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren der ländliche Raum sträflich vernachlässigt worden ist. Beratungsangebote, auf die die Bauern dringend angewiesen sind, sind empfindlich zurückgefahren worden. In Guatemala ist die Zahl der Berater innerhalb von zehn Jahren um 95 Prozent gesunken. Den Schaden hat die Landbevölkerung. 75 Prozent der Hungernden leben heute auf dem Land. Es ist paradox, dass diejenigen, die Lebensmittel produzieren, selbst zu wenig zu essen haben.

Gäbe es genug Lebensmittel für alle, wenn die Verteilung gerechter wäre?

Ja, es ist genug für alle da. Aber viele Menschen können sich Lebensmittel nicht leisten, weil ihre Löhne zu niedrig sind oder weil sie keine fairen Preise für ihre Ernten bekommen. Wir müssen die Abhängigkeit der armen Länder vom Weltmarkt verringern und dafür sorgen, dass die heimische Produktion gestärkt wird. Das ist doppelt gut: Denn das bedeutet höhere Einkommen für Kleinbauern und mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Die G-8-Industrieländer haben versprochen, innerhalb von drei Jahren 20 Milliarden Dollar für den Kampf gegen Hunger aufzubringen. Ist Geld eine geeignete Waffe im Kampf gegen Hunger?

Wir brauchen sogar noch mehr Geld. Es ist ja schon jetzt absehbar, dass wir das Millenniumsziel, die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 zu halbieren, nicht erreichen werden. Wir bei Oxfam glauben, dass mindestens 40 Milliarden Dollar als Rettungspaket nötig sind. Man muss das Geld aber auch richtig investieren – nicht in Hightechlösungen, neue Düngemittel oder genmanipulierte Pflanzen, wie sie die Konzerne aus den Industrieländern gern an die Entwicklungsländer verkaufen wollen. Das bringt nichts: Wenn man nur mehr Dünger auf die Böden wirft, geht das ein, zwei Jahre gut, und dann ist die Erde ausgelaugt.

Was sollte man stattdessen tun?

1,7 Milliarden Kleinbauern in den Entwicklungsländern wirtschaften in abgelegenen Gebieten auf unfruchtbaren Böden. Sie brauchen Berater, die ihnen sagen, wie sie ihre Böden nachhaltig bewirtschaften können, welche Pflanzen geeignet sind, was auf dem Markt gezahlt wird und wie sie Käufer finden. Das würde den Bauern helfen – und dem Klima.

Passen Klimaschutz und Entwicklungshilfe zusammen?

Das geht Hand in Hand. Entwicklungshilfe kann nur Erfolg haben, wenn sie nachhaltig ist. Es schützt das Klima, wenn die Bauern weniger Stickstoffdünger und mehr agrarökologische Anbauverfahren einsetzen. In Brasilien werden Regenwälder abgeholzt, um Soja als Futtermittel für unsere Tiere anzubauen. Auch werden Kleinbauern vom Land verdrängt. Der steigende Fleischkonsum in den Industrieländern verschärft das Hungerproblem und schadet dem Klima.

Wird der Welternährungsgipfel daran etwas ändern?

Ich fürchte nicht. In der Abschlusserklärung findet man wieder nur die alten Rezepte. Wir brauchen ein politisches Umdenken und eine neue Welternährungsarchitektur, konkrete Zeit- und Aktionspläne und ein starkes, durchsetzungsfähiges Welternährungskomitee, das überprüft, ob die Versprechen eingehalten werden. Die Entwicklungsländer müssen mit am Tisch sitzen, und zwar auch Vertreter der Bauern, der Gewerkschaften und der Menschenrechtsorganisationen. Es muss eine ständige Rückkoppelung geben, ob Förderinstrumente wirken oder nicht. Bisher haben Weltbank und IWF stark das Sagen. Das muss sich ändern. Die Organisationen, die sich um Armuts- und Hungerbekämpfung kümmern, müssen ein stärkeres Gewicht bekommen.

Würde ein neues Welthandelsabkommen, über das derzeit im Rahmen der Doha-Runde verhandelt wird, den Entwicklungsländern helfen?

Im Gegenteil: Die Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, würden die Lage der Entwicklungsländer noch verschärfen. Sie müssten ihre Märkte öffnen und hätten kaum Möglichkeiten, sich mit Schutzzöllen vor Billigexporten aus den Industrieländern zu schützen. Doha wäre eine Katastrophe für die armen Länder.

Das Interview führte Heike Jahberg

ZUR PERSON:

DIE EXPERTIN

Marita Wiggerthale (44) ist auf dem Bauernhof ihrer Eltern im Emsland aufgewachsen. Nach ihrem Politikstudium wurde sie Generalsekretärin der Internationalen Katholischen Landjugend, danach leitete sie die Handelsabteilung von Germanwatch. Seit 2005 kümmert sich Wiggerthale bei der Hilfsorganisation Oxfam um Handel und Welternährung.

DER GIPFEL

Von Montag bis Mittwoch beraten in Rom Regierungsvertreter zahlreicher Länder über die Welternährungslage. Aus Deutschland kommt Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU).

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 13.11.2009)